



- 3 **ZUR KASSE GEBETEN...**
... uwerden Studierende in wenigen Wochen.
- 4 **ZU HAUSE BLEIBEN...**
... ist ein Privileg, dass nicht jede:r hat.
- 5 **ZUKUNFTSAUSSICHTEN...**
... für Künstler:innen im Kapitalismus?
- 6 **ZU FREI...**
... nicht frei genug, was ist der Markt nun?

Black History Month: Im Februar wird die Schwarze Kultur in Amerika gefeiert. Doch wie sieht es in Deutschland aus?

Bild: bena

POWER

Celebrate the Heritage

Im Februar wird gefeiert: Happy Black History Month. Ein Monat so wichtig für viele Schwarze weltweit, die ihre Geschichte durch Kolonialisierung und den weißen Blick verloren.

It is February und das heißt in Amerika und Kanada findet der Black History Month statt. Der Monat, der seit 1926 die Geschichte von Schwarzen Körpern ehrt und sichtbar macht. Auch in Deutschland finden Veranstaltungen zu dem Thema der Schwarzen Kultur statt. Denn diese ist vielfältig und lang. Wie

auch heute wurde die Geschichte von Schwarzen Körpern vor allem zu Zeiten, in der das „Rassendenken“ von Philosophen gefördert wurde, quasi ausradiert. Doch Historiker:innen und Politolog:innen arbeiten mit verschiedenen Vereinen zusammen, um das verlorene Wissen wieder zu finden.

Es scheint so, dass die Schwarze Community in Deutschland durch den weltweiten Aufschrei durch die Polizeigewalt gegenüber Schwarzen in Amerika endlich gehört wird. Nun ist es jedoch Zeit, den Blick für alle Beteiligten auf Deutschland zu legen.

:Die Redaktion

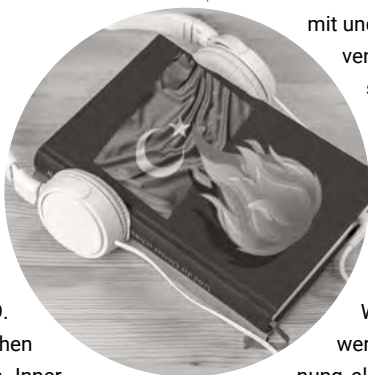
[➔ MEHR AUF SEITE 7](#)

HÖRSPIEL

„türken, feuer“ von Özlem Özgül Dünder ist Hörspiel des Jahres

Ein packendes Audio-Erlebnis. Für Euch noch bis zum 18. April 2021 zum Streamen und kostenlosen Download verfügbar.

Poetisch, bedrückend und ehrlich rau. Das Hörspiel „türken, feuer“ von Özlem Özgül Dünder geht über die Ohren unter die Haut. Fragmentierte Erzählungen der Opfer vom Brandanschlag am 29. Mai 1993 in Solingen, bei dem fünf Menschen türkischer Abstammung ums Leben kamen. Innerhalb des Hörspiels soll ihnen nun eine Stimme gegeben werden, so wie unter anderem der verstorbenen Gürsün İnce, die sich für ihre dreijährige Tochter opferte. Wir hören die Fra-



gen, die sie sich vermutlich stellte, bevor sie zur Rettung mit ihrer Tochter aus einem Fenster springen musste und es fühlt sich an wie ein Schlag in dem Magen. Neben ihr bekommen wir ebenso die Perspektive und die Gedanken der Mutter eines mutmaßlichen Täters zu hören, sowie von einer weiteren verstorbenen Person aber auch einer Person, die den Vorfall überlebt hat. Das Hörspiel nimmt einen emotional ergreifend mit und eröffnet seinen Zuhörer:innen dabei Perspektiven, die vielen von ihnen vermutlich nicht vertraut sind. Dabei will es allerdings auch zum Dialog einladen. Es soll aufklären über Schicksale, Alltagsrassismus, Fremdenhass und verschiedene Kulturen. Vor allem aber, was es mit den Menschen macht, die diesen begegnen. Was denken sie, was fühlen sie und was können wir tun, damit Menschen gehört werden? Das Werk von Dünder ist zumindest ein künstlerisch wertvoller Weg. Dafür hat es auch eine Auszeichnung als Hörspiel des Jahres 2020, von einer von der Deutschen Akademie der Darstellenden Künste eingesetzten Jury, erhalten. Hören und downloaden könnt Ihr das Werk unter tinyurl.com/hoerspielstream. :Christian Feras Kaddoura

:bszank – Die Glosse

Dass „Sapiosexuell“ ein Wort ist, ergibt vollkommen Sinn. Denn wer würde sich dieses Wort ausdenken, außer jemand, der so ein Wort auch als Selbstbeschreibung nutzen würde. Und es klingt viel mehr nach „Ich gehöre aufgrund meiner Sexualität einer Minderheit an“ statt „Ne, wenn du Sartre nicht gelesen hast, geh ich nicht mit dir ins Bett“. Wer sich „Sapiosexuell“ nennt, meint damit eine erotische Hingezogenheit zu Intelligenz. Oder Bildung? Oder akademischem Grad? Muss man den richtigen IQ haben? Oder nur ein schönes Bücherregal? Ganz nebenbei sortiert man damit Menschen nach einem schon immer problematischen Verständnis von Intellekt ein, vereinnahmt die Sprache marginalisierter Gruppen und stilisiert sich selbst in neue non-normative Höhen hinaus. Weil man Menschen bumsen will, die Bücher lesen. Ein Alleinstellungsmerkmal sondergleichen. :kjan

➔ BESUCHE UNS IM NETZ

Alle Artikel und mehr im Internet unter:
 Website | bszonline.de
 Facebook | bsz
 Twitter | [@bszbochum](https://bszbochum)
 Instagram | [@bszbochum](https://bszbochum)

PRÜFUNGEN

Kamerapflicht, stabile Verbindung und keine Störungen

Das Semester geht in die heiße Phase und die Prüfungen rücken näher. Nun gab die RUB Regelungen über den Ablauf von digitalen Prüfungen bekannt.

Mit dem Anlauf der Klausurphase werden zunehmend die genauen Prüfungsrahmenbedingungen klar. Während erst Ende Januar deutlich bekannt gegeben wurde, dass an der RUB auf Präsenzklausuren in fast allen Fällen verzichtet werden soll und die Teilnahme an unausweichlichen Präsenzklausuren freiwillig ist, sind sich viele Studierende noch unklar über den Ablauf ihrer Klausuren. Nun gab die RUB Richtlinien bekannt, die die prüfungsrechtliche Gleichbehandlung bei einer höheren Täuschungsfälligkeit regeln. So wird für schriftliche Online-Klausuren, die nicht als Open-Book Klausuren konzipiert sind, eine permanente Kamera- und Mikrofonpflicht gefordert. „Digitale Klausuraufsichten sind zulässig, d.h. dass sich die teilnehmenden Studierenden während der gesamten Bearbeitungszeit der schriftlichen Online-Prüfung mit eingeschalteter Kamera und eingeschaltetem Mikrofon in einer Videokonferenz befinden“ heißt es in der Bekanntmachung. Zu Beginn der Klausuren sollen die Studierenden zudem ihre Identität mit ihrem Studierendenausweis oder einem amtlichen Lichtbildausweis bestätigen. Allen Beteiligten ist die Videoaufzeichnung der Prüfung explizit

untersagt. Auch ein sogenanntes Proctoring, also die Verwendung von Software, die beispielsweise die Augenbewegungen nachverfolgt oder Kontrolle über die Computer der Studierenden übernimmt, ist nicht zulässig.

Allerdings müssen Studierende sicherstellen, dass sie über die technischen Voraussetzungen verfügen, um an einer schriftlichen Online-Prüfung teilnehmen zu können. Dazu gehört ein PC, Notebook, Tablet oder Handy mit Kamera und Mikrofon. Von angepassten Prüfungszeiten beispielsweise aufgrund der schwierigeren Bearbeitung an Handys ist keine Rede. Auch ein „gemeinhin stabiler Internetzugang mit für die Videoübertragung ausreichender Übertragungskapazität“ wird vorausgesetzt. Sollte die Internetverbindung abbrechen, müssen Prüfende und Studierende dies protokollieren. Studierende müssen dabei einen Screenshot oder ein Foto mit Angabe von Zeit und Dauer der Unterbrechung machen.

Studierende müssen die Prüfung zudem in einem Raum, in dem sie alleine sind und der nur einen Zugang hat, leisten. Auch muss sichergestellt werden, dass während der Prüfung keine Störungen wie Anrufe oder Besuche stattfinden. Ein Rücktritt von den Klausuren soll bis zum Beginn folgenlos möglich sein.

Die Kamerapflichten betreffen Studierende in unterschiedlichem Maße. Denn während einige Studiengänge an schriftlichen Online-Prüfungen festhalten, setzen andere auf Open-Book Klausuren, die keinen Kontrollpflichten unterliegen. So beispielsweise eine Psychologie-Studentin, die in diesem Semes-



Das beobachtende Auge: Kameras werden Pflicht in schriftlichen Online-Klausuren.

Bild: stem

ter zwei Psychologie-Prüfungen und einen Sprachkurs ableistet. Eine Kamerapflicht kritisiert sie: „Eine Kamerapflicht fände ich sehr kritisch, da sie erstens einen starken Eingriff in die Privatsphäre bedeutet und zweitens Studierende, die nicht über die Hardwaremöglichkeiten verfügen, von vornherein von der Klausur ausschließt.“ Sollten solche Anforderungen dennoch gestellt werden, bliebe vielen Studierenden wie ihr jedoch kaum eine Wahl. „Obwohl ich absolut gegen eine Kamerapflicht bei Online-Klausuren bin, würde ich meine Klausuren wohl trotzdem schreiben. Sie nicht mitzuschreiben würde nämlich bedeuten, dass ich unter Umständen ein ganzes Jahr länger studieren müsste, in der bloßen Hoffnung, dass dann eventuell Präsenzklausuren stattfinden könnten. Das würde meine komplette Studienplanung durcheinanderwerfen“, berichtet die Studentin.

:Stefan Moll

ARBEITSPLATZABBAU

Jobkiller oder Alibi?

Corona hat schon viele ihre Arbeitsstellen gekostet. Nun trifft es auch Unis verschiedener Länder, wobei die Begründungen häufig vorge-schoben scheinen.

In Spanien steht eine Premiere vor der Tür. Keine schöne allerdings, sondern die erste Massenentlassung von Lehrenden einer Universität in der Geschichte des Landes. 275 Dozierende will die private Universidad Europea (UE) auf einmal entlassen, so kündigte sie es Mitte Dezember an. Die 1995 gegründete UE hat drei Standorte auf spanischem Territorium: in Madrid, in Valencia und auf den Kanaren. Den Standort in der spanischen Haupt-

stadt soll der Stellenabbau am härtesten treffen: 221 Entlassungen soll es allein in Madrid geben. In Valencia sind es 47, auf den Kanaren sieben. Begründet wird das Ganze nicht mit finanziellen Problemen, wie das bei Universitäten sonst üblich ist. Es wäre allerdings auch schwierig, schrieb die Hochschule, 2018/19 doch noch schwarze Zahlen in Höhe von 50 Millionen Euro zu erreichen. Stattdessen ist von „Modernisierung“ die Rede. Ob es sich hier tatsächlich um eine relativ kurzfristige Entscheidung handelt oder die Gelegenheit genutzt wurde, einen schon länger gehegten Plan umzusetzen? Fakt ist, dass die Corona-Pandemie durch ihre erzwungene Digitalisierung zugleich dem Abbau von Arbeitsplätzen Vorschub leistet.

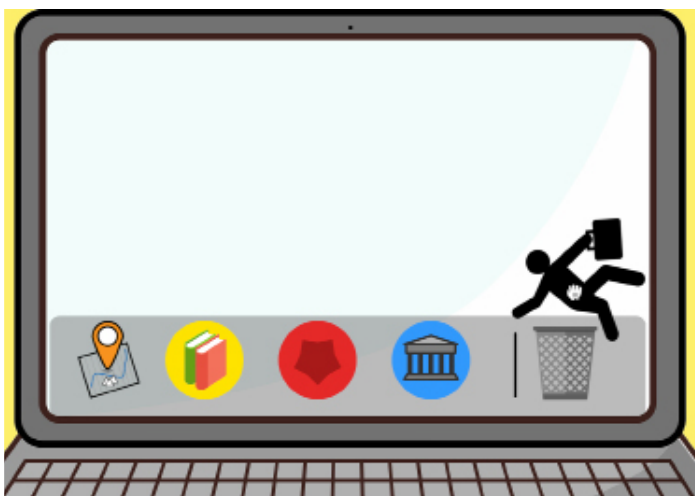
Das gilt nicht nur an der UE, die vor zwei Jahren für schlappe 770 Millionen Euro vom Londoner Investmentfonds Permira aufgekauft wurde. Auch im Heimatland der zum Schroders-Finanzimperium gehörenden Gesellschaft gibt es derzeit Ängste vor Entlassungen an nicht weniger als zwölf Hochschulen. An der University of Bangor etwa wurden 200 Entlassungen angekündigt, in Leicester sollen es 60 sein, in Liverpool 47, in Dundee 34. Was auf den ersten Blick nicht unbedingt nach viel klingt, muss in Relation gesehen werden. An der University of Dundee etwa gibt es nur 227 Vollzeit-Stellen, das heißt es werden rund 15 Prozent der Belegschaft entlassen. In Brighton wiederum sollen pikanterweise Pläne aus dem Jahr

2019 umgesetzt werden, denen zufolge das IT-Personal zusammengestaucht werden müsse. Acht Mitarbeiter:innen wurden bereits entlassen.

Dabei werden verschiedene Argumente angeführt: Vor allem Sparmaßnahmen wegen Corona, ein zu erwartender, allerdings bislang nicht eingetretener Rückgang der Studierendenzahlen aufgrund des Brexits, und natürlich „Modernisierung“ und „Umstrukturierung“. Dabei spielt auch die Hochschulgewerkschaft UCU eine unrühmliche Rolle, da sie, statt sich vehement für die Angestellten einzusetzen, von „Verantwortung“ in Zeiten der Pandemie spricht und sich für „freiwillige“ Entlassungen einsetzt. So räumten etwa an der University of East London von 441 Mitarbeiter:innen, die über eine mögliche Entlassung „informiert“ worden waren, bislang 92 ihren Schreibtisch. Die meisten davon „freiwillig“ und mit Segen der Gewerkschaft versteht sich.

Auch in Deutschland sind Jobs an der Uni alles andere als sicher: 78 Prozent der Wissenschaftler:innen und 16 Prozent der Mitarbeiter:innen in Technik und Verwaltung haben befristete Verträge. Entlassungen sind also nicht schwer. In Spanien wurde der Arbeitsplatzabbau damit begründet, dass die Zahl der Studierenden pro Kurs wegen Corona von 30 auf 80 gestiegen sei. Diese Entwicklung dürfte auch auf viele der deutschen Universitäten zutreffen. Weitere Argumente, wie Geldmangel und „Modernisierung“, werden bereits seit längerem immer wieder vorgetragen. Ob die Entlassungen in Spanien und Großbritannien Vorbild für ähnliche Maßnahmen in Deutschland werden, bleibt abzuwarten. Bislang gab es keine derartigen Verlautbarungen, völlig abwegig scheint es aber nicht.

:Leon Wystrychowski



Schreibtisch räumen nicht nur wegen Home-Office: In der Pandemie drohen Entlassungen.

Bild: lewy

POLITIK

Neues Hochschulgesetz zieht heftige Kritik

In Bayern ist eine Reform der Universitäten geplant. Der Freistaat möchte Hochschulen effizienter und wirtschaftsorientierter gestalten. Nun befindet sich das Wissenschaftsministerium im Rudern.

Mit einem Eckpunktepapier für das sogenannte „Hochschulinnovationsgesetz“ hat die CSU-Landesregierung eine Flut der Kritik ausgelöst. Mittlerweile haben sich Verbände von Professor:innen, Lehrer:innen an Fachhochschulen, die GEW Bayern, das Aktionsbündnis gegen Bildungs- und Studiengebühren sowie Studierendenverbände gegen die Gesetzesnovelle ausgesprochen. Doch worum geht es eigentlich?

Das Hochschulinnovationsgesetz sieht vor, den sogenannten „Dreiklang von Forschung, Lehre und Transfer“ zu stärken. Konkret geht es dabei um eine stärkere unternehmerische Betätigung der Hochschulen. Sie soll mehr Raum für Gründungsfreisemester, unternehmerische Betätigungen von Lehrenden sowie Fundraisingmöglichkeiten schaffen. Insgesamt sollen Hochschulen effizienter werden. Auch Gremien sollen reduziert werden und den Hochschulen soll die Möglichkeit gegeben werden, ihren Status in eine Körperschaft des öffentlichen Rechts zu ändern, die insbesondere den Hochschulleitungen mehr Autonomie gibt.

Verbände sehen in der Reform jedoch die Gefahr einer Verwirtschaftlichung der Hochschulen. So erachten

viele die stärkere unternehmerische Betätigung der Hochschulen als eine Benachteiligung der Geistes- und Kulturwissenschaften. So verweist die GEW Bayern auf die in der Vergangenheit gesunkene Grundmittelfinanzierung: „Schon heute stehen also Fachbereiche, deren Arbeit als nicht ‚drittmittelstark‘ oder direkt ökonomisch verwertbar gilt, unter einem enormen (Spar-)Druck. Das betrifft insbesondere die Geistes- und Sozialwissenschaften, die sogenannten ‚kleinen Fächer‘, aber auch allgemein die Grundlagenforschung. Mit der einseitigen Forschungsförderung in Bayern unter dem Dach der ‚Hightech Agenda‘, zu der auch die Hochschulreform zählt, wird sich diese Schiefelage noch einmal verschärfen.“

Diese Kritik weist Wissenschaftsminister Bernd Sibler ab: „Die Geistes- und Sozialwissenschaften sind für die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft und die internationale Spitzenstellung unserer Wissenschaft zentrale und grundlegende Fächer – auch, aber nicht nur, wenn es darum geht, unseren technischen Fortschritt menschenfreundlich zu gestalten und ethisch zu begleiten“. Allerdings erklärte Sibler dennoch, dass er erwarte, dass sich alle Studiengänge stärker als bisher fragen, wie sie einen „Transfer in die Gesellschaft“ unternehmen können.

Künftig sollen Hochschulen zudem umfassende Gebührenhebungsmöglichkeiten zustehen. Das Aktionsbündnis gegen Bildungs- und Studiengebühren (ABS) sieht in dem Vorstoß einen „Türöffner“ für Studiengebühren.



Hochschulinnovationsgesetz: In Bayern sollen die Unis bald noch wirtschaftsorientierter werden. Bild: stern

Derzeit scheint, dass sich das Wissenschaftsministerium im Schadensbegrenzungsmodus befindet. So erklärte Wissenschaftsminister Sibler in Interviews, dass die Reform an vielen Stellen „missverstanden“ wurde und zusätzliche Klarheit entstünde, sobald der Gesetzesentwurf fertig formuliert ist. Die GEW Bayern bewertet diese Klarstellungen als eine Kommunikationsoffensive, die „inhaltlich sehr vage“ und „intransparent“ verläuft. Insgesamt sei bisher nicht auf die inhaltliche Kritik eingegangen worden. Inhaltliche Verbesserungen in den Bereichen Studium und Lehre sowie beim wissenschaftlichen Mittelbau und eine Umsetzung von Diversitäts- und Gleichstellungsbekanntnissen sei vernachlässigt worden.

Die Landesregierung will den fertigen Gesetzesvorschlag vor der Sommerpause im bayrischen Landtag vorstellen. Proteste wurden bereits jetzt weitreichend angekündigt, jedoch könnten diese mit den aktuellen Corona-Schutzmaßnahmen schwierig zu organisieren sein.

:Stefan Moll

FINANZEN

Das Semesterticket während Corona

Studierende fragen sich, weshalb sie aktuell den vollen Betrag für das Semesterticket zahlen. Der VRR gibt nicht nach.

Mit dem kommenden Sommersemester läuft das bereits dritte Semester an, das unter der Corona-Pandemie leidet. Einher mit jedem Semesterstart geht aber auch die Leistung des Sozialbeitrags. Mehr als die Hälfte der im Sommersemester zu leistenden 336,50 Euro ergibt sich dabei aus dem Semesterticket, das diesmal 209,38 Euro kostet. Diesen Betrag erachten derzeit viele Studierende als ungerechtfertigt. Die Begründung: Aufgrund des Online-Semesters sowie der pandemiebedingt geringeren Bereitschaft, die öffentlichen Verkehrsmittel zu nutzen, erfüllt das Ticket nicht seinen Zweck. Auch stellt das Ticket eine finanzielle Belastung für Studierende dar, die durch die Pandemie ihren Job verloren haben. Wenn sie nun den Semesterbeitrag nicht zahlen können, müssen sie Exmatrikulationen fürchten.

Das Semesterticket besteht aus dem VRR-Verbundticket (151,98 Euro) sowie dem NRW-Ticket (57,40 Euro). In diesem Semester ist der Preis für das NRW-Ticket um einen Euro gestiegen. Bis zum Sommersemester 2023 soll dieses zusätzlich schrittartig auf 61,50 Euro ansteigen. Den Studierendenvertretungen, die die Vertragspartner des VRR sind, sind dabei die Hände gebunden. Denn die Verträge sehen keine Senkungen der Beiträge vor, sollte das Angebot nur begrenzt nutzbar

sein. Auch seien diesbezüglich laut VRR keine Verhandlungen geplant. Der VRR hält währenddessen an der Erhebung der Beiträge fest. „Aufgrund der Gebührenordnung/Solidarprinzips kann es keine ‚Härtefallregelung‘ geben und auch VRR-weite Regelung über Rückzahlungen sind nicht im Gespräch“ erklärte Pressesprecher Dino Niemann auf Anfrage. „Der pauschale, sehr günstige Preis je Semester kann nur durch die solidarische Abnahme des Tickets gewährleistet werden.“ Bei den Verkehrsbetrieben fallen zudem weiterhin Fixkosten für Personal und Infrastruktur an.

Für Studierende, die nicht in der Lage sind, den Sozialbeitrag zu leisten, bietet der AstA (Allgemeiner Studierendenausschuss) eine Sozialbeitragsübernahme an. Die Frist für die Antragsstellung ist der 26. Februar. Weitere Infos findet Ihr unter asta-bochum.de/sozialberatung.

:Stefan Moll



Ausfall der Bus- und Bahnfahrten bei Schnee: Viele Studierende haben das eingeschränkte Angebot nicht einmal mitbekommen. Bild: stern

Weniger ausländische Studienanfänger:innen

Corona. Seit Jahren steigt in Deutschland die Zahl der Studierenden: Wie das Statistische Bundesamt kürzlich mitteilte, waren im vergangenen Sommersemester 2.723.100 Personen an deutschen Hochschulen immatrikuliert. Damit stieg die Zahl der Studierenden auch zwischen den Sommern 2019 und 2020. Allerdings betrug der Anstieg lediglich 0,8 Prozent. In den Jahren zuvor hatte das Wachstum zwischen den Sommersemestern stets über einem Prozent gelegen. Der geringe Zuwachs hat in erster Linie damit zu tun, dass die Zahl der Studienanfänger:innen gesunken ist und zwar um ganze 10 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum: 71.600 Neuzugänge waren zu verzeichnen, rund 8.000 weniger als 2019. Dies wiederum liegt daran, dass die Zahl der ausländischen Studienanfänger:innen stark zurückgegangen ist: Mit 24.700 Erstsemester:innen brach die Zahl um 28 Prozent ein. Die Zahl der sogenannten Bildungsausländer:innen, das heißt derjenigen, die ihre Hochschulreife nicht in Deutschland erworben haben, sogar um 29 Prozent. Als Grund nennt das Bundesamt die Covid19-Pandemie. Diese trifft ausländische Studierende ungleich härter als Deutsche: Die meisten haben keinen Anspruch auf BAföG; und selbst wenn, müssen sie zusätzlich arbeiten, was beim aktuellen Arbeitsmarkt schwer zu gewährleisten ist. Da viele Studis zusätzlich auf Hilfe von den Eltern angewiesen sind, wirkt sich die Wirtschaftslage gleich doppelt ungünstig aus. Hinzu kommen weitere Unsicherheiten, wie Einreiseverbote und Grenzschließungen.

:lewy

NRW

Mehr Schlecht als Recht

Mit einem neuen Gesetzesentwurf der SPD könnte das Land NRW bald vielleicht ein eigenes Versammlungsgesetz bekommen. Schützt dieses Gesetz Demonstrierende oder nimmt es eher die Demonstrationsfreiheit?

Bisher laufen Versammlungen und Demonstrationen in NRW unter dem Versammlungsgesetz des Bundes, das seit 1953 in Kraft ist. Jetzt hat die SPD einen eigenen Gesetzesentwurf am 27. Januar vor den Landtag gebracht. Würde das Versammlungsgesetz durchgesetzt werden, wäre NRW nicht das erste Bundesland mit eigenem Versammlungsgesetz. Obwohl das Gesetz der Bundesregierung die Richtschnur ist, haben einige andere Bundesländer bereits ihre eigenen Versammlungsgesetze verabschiedet. Den Anfang machte 2008 der Freistaat Bayern, Sachsen-Anhalt folgte 2009 und 2013 entschied sich Berlin dazu, nur einen Teilbereich des Versammlungsgesetz durch das eigene Landrecht zu erneuern.

Auch der NRW-Innenminister, Herbert Reul von der CDU, ist überzeugt von dem Gesetz. Denn das Gesetz sieht ein Militanzverbot bei öffentlichen Versammlungen vor. Reul erinnert an eine Demonstration in Dortmund, wo im September 2018 etwa hundert Neonazis im Gleichschritt marschierten und rechte Parolen verbreiteten. „Als wären wir wieder im Jahr 1933“, so der NRW-Innenminister. Das neue Versammlungsgesetz würde ge-

gen solche rechtsextremen Demonstrationen vorgehen. Unter anderem schlägt die SPD zwei bestimmte Daten vor, an denen rechtsextreme Demonstrationen komplett verboten werden sollen. Der 27. Januar, der an die Befreiung von Auschwitz erinnert, sowie der 9. November, der Jahrestag der NS-Pogromnacht, sollen jeweils gegen rechtsextreme Aufmärsche geschützt werden.

Doch das neue Versammlungsgesetz ist nicht nur auf rechtsextreme Demonstrationen ausgelegt. Das Militanzverbot beinhaltet das Verbot von Tragen von „Uniformen, Uniformteilen oder uniformähnlichen Kleidungsstücken“. Darunter würden auch die weißen Schutzanzüge der Bewegung „Ende Gelände“ fallen, die, anders als einige Neonazi-Symbole, nicht zu Gewalt auffordern.

Das Versammlungsgesetz sieht, neben dem Militanzverbot, im Großen und Ganzen vor, die Kommunikation zwischen der Polizei und den Veranstalter:innen zu stärken. Das Gesetz würde zusätzlich die Veranstaltenden verpflichten, persönliche Daten wie den Namen des:der Veranstalter:in anzugeben. Auch sind die Veranstaltenden dazu aufgefordert, mit den Behörden über den Umfang der Veranstaltung, der Gefahrenlage, etc. zu kooperieren, rechtlich verpflichtet sind sie dazu aber nicht. Unter anderem hat die Versammlungsleitung zukünftig die Pflicht, störende Demonstrierende und Dritte auf Aufforderung der Polizei hin der eigenen Veranstaltung zu verweisen. Auch sieht das Gesetz vor, Kontrollstellen der Polizei auf Versammlungen zu platzieren. An diesen können Personen und Sachgegenstände durchsucht und die Identität von Personen festgestellt werden. Zusätzlich können die Behörden Bild- sowie Tonaufnahmen von



Big Brother Germany – Einschränkung der Demonstrationsfreiheit?
Bild: gust

Personen auf den Veranstaltungen anfertigen, sofern von den Personen „eine erhebliche Gefahr für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung ausgeht“.

Ein weiteres Vorhaben des Gesetzes ist es auch, zielgerecht Störungen zu verbieten. Darunter fallen auch Blockadetrainings, die oft in der Form von Gegendemonstrationen der linken Szene gegen rechtsextremistische Versammlungen auftritt, der sogenannte Schwarze Block.

Einige Organe der linken Szene befürchten, dass das Versammlungsgesetz nicht nur erhebliche Einschränkungen für einige gesittete Demonstrationen mit sich bringt, sondern auch Demonstrierende in Gefahr bringen könnte, die linken Veranstaltungen besuchen.

:Augustina Berger

VfL Bochum-Trainer verlängert Vertrag

Fußball. Seitdem er am 6. September 2019 Robin Dutt als Cheftrainer der ersten Mannschaft des VfL beerbt hat, kann Thomas Reis sportlich in großem Maße überzeugen. Für den 47-jährigen ist Bochum bei weitem kein unbekanntes Gefilde, denn schon als Spieler stand er von 1995 bis 2003 sowohl in der ersten als auch in der zweiten Bundesliga im Ruhrstadion regelmäßig auf dem Platz. 2011 übernahm er dann die Frauenmannschaft des VfL und sammelte dort seine ersten Erfahrungen als Trainer, worauf noch einige Posten bei den Jugendmannschaften von Bochum und Wolfsburg folgten. Bei seiner ersten Station als Cheftrainer könnte es seit einiger Zeit kaum besser laufen, schließlich konnte der VfL unter seiner Leitung im Kalenderjahr 2020 die meisten Punkte unter den Zweitligisten einfahren. Deshalb einigte man sich nun mit Reis auf eine vorzeitige Vertragsverlängerung bis 2023. „Ich habe nie einen Hehl daraus gemacht, dass ich bei dem Verein, bei dem ich als Profi meine schönste Zeit erlebt habe und der mich nach meiner aktiven Zeit in viele Bereiche hat hineinschnuppern lassen, sehr, sehr gerne arbeite. Wir haben einen ersten Teil des Weges gemeinsam erfolgreich absolviert. Aber dieser Weg führt noch weiter. Und wir sind uns bewusst, dass uns noch einige Herausforderungen bevorstehen. Dafür werde ich mich weiterhin hundertprozentig einsetzen“, so Reis. :haki

OBDACHLOSIGKEIT

Es ist und bleibt kalt auf Deutschlands Straßen

Kaltes Wetter, Schnee und Pandemie. Eine gefährliche Mischung für alle, die kein Dach über dem Kopf haben. Hilfsmaßnahmen reichen oft nicht aus oder sind fehlerhaft konzipiert.

Zwischen 15 und 30 cm Schneefall und Minustemperaturen, die im Laufe der Woche für mehrere Tage im zweistelligen Bereich liegen, sorgen im Ruhrgebiet für Chaos und Sorge. Neben einigen kleinen Unfällen blieb es bisher ruhig (Stand 7. Februar) und so ein Schnee-Gestöber hat natürlich auch etwas Schönes, wenn man es aus den eigenen, beheizten vier Wänden beobachten kann und sich freut, dass man nicht da draußen sein muss. Nicht alle Menschen haben jedoch diese Möglichkeit und befinden sich aufgrund des Wetters derzeit in akuter, lebensbedrohlicher Gefahr. Dass eine solche Situation, verschärft durch die Corona-Pandemie, absehbar war, sollte jeder:m klar sein. Das Straßenmagazin bodo und der dahinter stehende bodo e.V. kritisierten bereits im Dezember die fehlende Konzepte der Stadt Bochum um Wohnungslose zu schützen (:bsz 1273). „Die verschärfte Lage spiegelt sich im Konzept aber nicht wieder,“ schreiben sie nun in einer erneuten Pressemitteilung. Das Konzept beinhaltet beispielsweise

auch keine Öffnungszeiten von Tagesunterkünften an Sonntagen, woran auch nichts geändert wurde, als bekannt war, dass am 7. Februar mit starkem Schneefall zu rechnen ist. Ebenso sind die Schlafplätze, die zusätzlich zur Verfügung gestellt werden, für viele nicht nutzbar, da sie sich in Hamme befinden und eine Anreise mit ÖPNV eingeplant war. Der öffentliche Nahverkehr fiel jedoch wegen der Wetterlage großflächig aus. Die bereits mangelhaften Maßnahmen zum

Schutz wohnungsloser Menschen können demnach zusätzlich nicht mal komplett ausgeschöpft werden. In Anbetracht der Tatsache, dass die Wetterlage Menschen ohne Wohnung in Lebensgefahr bringt, wirkt ist dies absolut unverantwortlich.



Wenn ihr jemanden seht, der die Hilfe braucht, zögert nicht sie anzubieten oder eine der folgenden Nummern zu wählen (Vorwahl 0234):
Stadt Bochum: 910 - 1746 oder - 2177
Diakonie Ruhr: 640 - 6066 oder 96471 - 0
Evangelische Jugendhilfe: 516 7610
Johanniter: 89372 - 0
In Notfällen bitte 112 wählen. Mit 110 verursacht ihr den Menschen potentiell weiteren Schaden.

:Jan-Krischan Spohr

MANIFEST

Überleben mit Kunst

Künstler:innen und Kapitalismus: Die Probleme in allem einen potentiellen Markt zu sehen scheinen größer denn je. Hier erfährt Ihr, warum wir schon seit längerem ein Problem mit freiem Markt und Kultur haben.

Eigentlich ist es ja ganz simpel. Man erschafft etwas, was in die Kategorie Kunst fällt und die Leute kaufen es. Zumindest wäre es so, wenn Kunst ein sich nur am freien Markt orientierendes Konstrukt wäre. Dass künstlerisches Schaffen in den meisten Fällen nicht wirklich einen besonderen Marktwert hat, außer dass es Kunst ist, macht es gerade nicht besonders leicht Kunst als Produkt zu bewerten, dessen Verkauf sich lohnt und aus diesem sich eine potentielle Rendite holen lässt. Oder wie BWL-Justus sagen würde: „Mein Vater hat letztens in der Schweiz einen Rembrandt gekauft; denke der wird in zwanzig Jahren seinen Wert steigern.“

Wir leben in einer Zeit, in der selbst Kunst ein Produkt ist; dies lässt sich wohl schwer bezweifeln. Staatliche Gelder werden fast ausschließlich im Wettbewerb ausgeteilt und Künstler:innen müssen gegeneinander antreten, um ihre Kunst wertvoll zu machen. So wirklich künstlerisch klingt das dann doch nicht. Doch siehe da: Eine Pandemie. Die Fehler einer ständigen Kategorisierung in Marktwert und potentielles Marktwachstum werden bewusst, wenn

der freie Markt auf Gelder vom Staat angewiesen ist. Was uns die Covid-19 Pandemie gezeigt hat, ist, dass es so etwas wie einen freien Markt nicht gibt, und, dass staatliche Strukturen, die Arbeitnehmer:innen schützen, wesentlich mehr Wert für eine Gesellschaft darstellen als weiter so zu tun, dass Wirtschaft und Politik sich nicht überschneiden sollten. Doch was hat das jetzt mit Kunst und Kultur zu tun?

Immer wieder fliegt die Idee durch den Raum so etwas wie ein Grundgehalt einzuführen, doch wird die Idee schnell abgeschossen, angeführt von dem Argument, dass das wirtschaftlich nicht machbar wäre. Wir sind zurzeit in der einzigartigen Lage zu verfolgen, was passiert, wenn der Markt zusammenbricht und wie abhängig der Markt vom Staat ist. Was wirtschaftlich machbar ist, wird nicht vom Markt bestimmt, sondern vom Staat – so ist es momentan absolut wirtschaftlich machbar die gesamte Gastronomie zu schließen. Es muss also auch wirtschaftlich machbar sein, Dinge, die vielleicht doch nicht einem Markt angehören sollten, diesem nicht zwanghaft anbieten zu wollen, wie zum Beispiel Kunst. So könnte es durchaus sein, dass Kunst gar keinen wirtschaftlichen Wert braucht, sondern es einen gesellschaftlichen Wert hat, den es zu fördern gilt. Die Ideologisierung des freien Marktes als die beste Art der individuellen Selbstentfaltung hat das Gegenteil bewirkt und ist erwiesenermaßen nicht krisenfest. Also braucht es ein neues System, das den Wert von Kunst als einen gesellschaftlichen und nicht als einen marktwirtschaftlichen anerkennt und somit Künstler:innen schützt, anstatt sie weiter gegenein-



Freier Markt: Die Idee freier Entfaltung wirkt absurd in einem System, wo alles Wert haben muss. Bild: kiki

ander auszuspielen, indem man sie an dieses System zwanghaft versucht anzuschließen.

Die Forderung für die Zukunft sollte heißen: Grundgehalt, jetzt für alle! Wir brauchen eine Alternative zum Kapitalismus, die diejenigen schützt, die seit Jahren ausgebeutet werden von Systemen, deren einziges Ziel die Profitmaximierung ist. Kunst ist und sollte auch nie nur eine Kapitalanlage sein. Nutzen wir die Lektionen der Pandemie, um ein System auszuarbeiten, das uns in eine Zukunft weist, die eine Gesellschaft als eine solche wahrnimmt. Weg mit den Gedanken, freie Selbstentfaltung lässt sich nur durch Gucci-Sneaker gewinnen.

:Gerit Höller

NACHRUF

Was that a Teardrop in your Eye?

Mit dem Tod der Musikerin und Produzentin SOPHIE verliert die Avantgarde-Musikszene eine ihrer größten Ikonen. Ein Nachruf.

Einen Text über den Tod einer Künstlerin oder eines Künstlers zu schreiben ohne zumindest ab und an in Plattitüden zu verfallen ist eine wohl unmögliche Aufgabe. Kaum etwas wurde noch nicht gesagt oder geschrieben, kaum etwas hat man noch nicht gehört oder gelesen. Am 30. Januar 2021 stürzte die Musikerin und Produzentin SOPHIE gegen 4 Uhr morgens von einem Hausdach in Athen, auf das sie kletterte, um den Vollmond zu fotografieren und erlag im Krankenhaus ihren Verletzungen. Ihre Familie bat die Öffentlichkeit und Fans ihre Privatsphäre zu respektieren. Musiker:innen aus ihrem Umfeld drückten daraufhin ihr Beileid und den Schock, den diese Neuigkeiten bei ihnen hinterließen, aus. In ihrer Arbeit als Produzentin hatte sie unter anderem mit Madonna, Charli XCX und Vince Staples zusammengearbeitet, um nur einige wenige Namen zu nennen. Mit diesen Kollaborationen, ihren eigenen Produktionen und auch dem Debüt-Album „Oil of Every Pearl's Un-Insides“, welches 2018 erschien, hinterlässt sie einen tiefen Eindruck in Musikszene von Pop bis Avantgarde-Elektro. Bei DJ-Sets und Live-Auftritten wurde auch immer wieder auf ein zweites Album, welches den Namen

„Trans Nation“ tragen sollte, angespielt. Wie komplett die Aufnahmen zum Zeitpunkt ihres Todes waren, ist bisher nicht bekannt.

Wer auch nur einen Track von SOPHIEs Debüt-Album hört, versteht schnell, woher ihr Ruf als innovative und experimentelle Künstlerin kam. Pop-Banger wie „Immaterial“ strotzen vor positiver Energie, ob in ihren Texten oder Beats, geben dabei ihre experimentellen Wurzeln jedoch nie auf. Ruhigere Lieder, wie der tragisch-relevante opening track „It's Okay to Cry“ überzeugen mit ätherischen Synthesizern und spärlicher Instrumentierung, die sich zu einem Crescendo hocharbeiten, welches einen jedoch kaum auf die nächsten zwei Songs vorbereitet. „Ponyboy“ und „Faceshopping“ zeigen die andere Seite von SOPHIEs Musik: Chaotisch, jedoch nie unkontrolliert und immer bewusst gewählt. Stechende high-pitched Synthesizer, metallische Geräusche, Peitschenknallen, dazu Vocals die tief untergehen in Effekten, kontrastiert mit melodischen Momenten. Ein Sound der es schafft das Gefühl von Latex und Metall in auditive Eindrücke zu verwandeln. SOPHIEs Texte, die sich im Fall von „Ponyboy“ mit Fetisch-Thematik beschäftigen, nicht explizit genug für die entsprechende Kennzeichnung, jedoch explizit genug um unmissverständlich zu sein, sind wichtiger Aspekt ihrer Musik. Ihre Identität als trans Frau spielt – ihr Coming Out geschah in Form des Musikvideos zur Single „It's Okay to Cry“, in dem sie das erste Mal selbst auftrat - eine wichtige Rolle, so auch im bereits erwähnten Track „Faceshopping“, der die Verknüpfung von Aussehen und dessen Veränderung mit Identität behandelt.



It's Okay to Cry – Verlust erschüttert Musikszene. Bild: CCO

Ihr Schaffen fand selbstverständlich nicht in einem Vakuum statt, und sie arbeitete oft mit Künstler:innen des Labels „PC Music“ zusammen, welches bekannt ist für eine dissonante, campy Mischung aus überdrehten Pop-Klischees und düsteren Noten, eng verknüpft mit queeren Identitäten und Ironie. Ihre Musik zu beschreiben und über ihr musikalisches Umfeld zu reden, kann ihrem Schaffen jedoch nicht gerecht werden. Viele Fans erzählten nach SOPHIEs Tod, wie wichtig ihre Musik für ihre eigene Identitätsfindung war. Ein Verlust ist er nicht nur für die Musikszene, sondern für alle, die in ihr etwas sahen, was sie in sich selbst wiederfanden. Mut, und ein Bewusstsein dafür, wie die eigene Selbstverwirklichung mit den Konventionen, die von der Gesellschaft vermittelt werden, zusammenhängt und wie befreiend es sein kann, diese zu durchbrechen und in etwas Positives und Bekräftigendes zu transmutieren. :Jan Krischan Spohr

KOMMENTAR

Kein geringeres Übel

Im Konflikt um Myanmar hat weder das Militär noch die Zivilregierung die moralische Hoheit. Was sagt das über die Widerstandsfähigkeit von Demokratien aus?



Es gibt keine guten Seiten in dem Coup, der sich vergangene Woche in Myanmar abspielte. Als das Militär Staatsrätin Aung San Suu Kyi und Präsidenten Win Myint, deren Legislaturperiode

nach einer äußerst erfolgreichen Wiederwahl beginnen sollte, entmachtete, erschienen reihenweise Fragezeichen über den Köpfen westlicher Beobachter:innen. Denn weder Aung San Suu Kyi noch das Militär genießen viel Sympathie. Doch wagen wir zunächst einen Schritt zurück. Myanmar ist eine südostasiatische Republik, in der 2010 erstmals Wahlen stattfanden, nachdem von 1988 bis 2010 eine Militärdiktatur herrschte. Im Zentrum der Ablösung von Militärdiktatur zur Republik stand die Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi, die sich für eine Demokratisierung einsetzte und sich für 15 Jahre unter einem militärischen Hausarrest befand. Als das Militär 2011 seine Macht zunächst friedlich an eine zivile Regierung abgab, erließ es gleichzeitig Wahlgesetze und beschränkte die Verfassung, so dass Aung San Suu Kyi explizit von der Ausführung des höchsten Amtes ausgeschlossen war. Denn sowohl ihr Vater, ein Revolutionär, als auch sie selbst haben sich gegen die Militärdiktatur eingesetzt. Auch nachdem Aung San Suu Kyi 2016 erstmals zur Staatsrätin gewählt wurde, musste sie die heiße Nadel des Pakts stricken, durch den sich Mil-

tär und Zivilregierung im Land die Macht teilten. Mit einer erheblichen Ausnahme: Als das Militär ab Oktober 2016 den Völkermord an den Rohingya begang, einer muslimischen Minderheit im mehrheitlich buddhistischen Myanmar, blieb Aung San Suu Kyi still und ging sogar so weit, die Gräueltaten herunterzuspielen und vor der internationalen Gemeinschaft zu verteidigen. Doch auch dies genügte nicht, um ihre Differenzen mit dem Militär zu bereinigen.

Die Lehre, die manche Politikbeobachter:innen nun aus dem Coup ziehen, ist die Erkenntnis, wie fragil Demokratien sind und sie deshalb noch stärker geschützt werden müssen. Hier verpassen viele westliche Kommentator:innen die wahre Tiefe des Problems zu sehen, das im Kern ein Dilemma der Demokratie ist. Eine tiefere Frage wäre, was eine Demokratie schützenswert macht, wenn sie sich willentlich an einem Genozid beteiligt. Ob nun ein Militär, das den Genozid ausführte, oder eine demokratische Mehrheitsgesellschaft, die diesen forderte, das geringere Übel ist, ist schwer fassbar. Ein Problem liegt darin, dass Demokratie in einem geblendeten Blick häufig mit einer freiheitlichen Gesellschaft gleichgesetzt wird, als seien diese beiden Merkmale auf ewig in heiliger Ehe vereint. Dass diese Systeme komplett getrennt sein können, wagen viele nicht zu gedenken. Doch die breite demokratische Unterstützung nicht zuletzt für Aung San Suu Kyi zeigt, dass demokratisch gewählte Vertreter:innen, aber auch die Wähler:innen selbst, zutiefst unfreiheitliche Einstellungen haben können.

Natürlich ist das Festhalten an einer demokratischen Verfassung die einzige Möglichkeit für eine faire, ge-



Ein kurioses Bild: Unwissentlich nahm eine Fitnesstrainerin den Militär-Coup in Myanmar auf. Bild: stem

meinschaftliche und gerechte Gesellschaft. Doch dass dies keine Garantie ist, ist eine Erkenntnis, die mindestens zu Aristoteles zurückgeht, der die Ausnutzbarkeit von Demokratien durch Populist:innen anerkannte, lange bevor es Donald Trump, Jair Bolsonaro in Brasilien, Rodrigo Duterte in den Philippinen, Faschist:innen oder Aung San Suu Kyi gab. Dass diese sich zum Schock der internationalen Gemeinschaft in diese Kategorie einreicht, offenbart eine fehlende Bereitschaft, Demokratie als ein komplexes System von gegenläufigen Motivationen zu begreifen, in dem ehemalige Friedensnobelpreisträger:innen gleichzeitig Völkermörder:innen sein können. Während Aristoteles die (direkte) Demokratie deshalb auf der einen Seite ablehnte und aktuelle Beobachter:innen das Mantra wiederholen, dass Demokratie einfach nur stärker geschützt werden muss, sollte eigentlich das Dilemma anerkannt werden, dass Demokratien nicht per se moralisch sind, aber dennoch als einzige die Möglichkeit von Gerechtigkeit bieten.

:Stefan Moll

KOMMENTAR

Solidarität ist keine Ein-Bahnstrasse

Der Unmut unter Studierenden bleibt so gleich wie der Sozialbeitrag. Wie kann es sein, dass die zur Kasse gebeten werden, die selbst oft in Notlagen sind?



Unser aller Lieblings-Event steht an. Zwei mal im Jahr freuen wir uns darauf, wieder unseren Sozialbeitrag bezahlen zu

dürfen. Und es gibt gute Neuigkeiten: Der Tarif der VRR bleibt gleich, nur die wieder bei 19 Prozent liegende Mehrwertsteuer kommt hinzu. Außerdem verzichtet das Schauspielhaus auf den Euro, der für die Theaterflat enthalten war. Teurer wird's trotzdem, denn der Preis für das NRW-Ticket hat sich erhöht, weswegen wir insgesamt 3,35 Euro mehr zahlen dürfen.

Das „Sozial“ in „Sozialbeitrag“ ist wieder mal redlich verdient. Die Mensa bleibt geschlossen, dafür kann das Akafö wenig, die Verordnungen sind da klar. Dass Studierende sich in teils schweren finanziellen Notlagen befinden ist jedoch auch klar. Eins stößt dabei besonders sauer auf: Wer erinnert sich noch an die Soli-Tickets für den Sport-

verein eurer Herzen, die nichts brachten außer ein gutes Gefühl, und in den meisten Fällen ein bisschen weniger finanzielle Not für die armen Bundesligavereine? Genau das, aber für einen großen Teil der Studierenden, ist das Semesterticket seit Beginn der Pandemie. Niemand zwingt sie dazu, nicht mit dem Zug oder Bus zu fahren. Es gibt zwar wenig zu sehen, kaum Gründe zu reisen und ein nicht zu vernachlässigendes Risiko der Infektion, aber davon abhalten mit der Bahn zu fahren, tut uns ja niemand. Seit August 2020 gibt es sogar Bußgelder, sollte man seine Maske im ÖPNV und Fernverkehr nicht tragen, und seit September wird es sogar verstärkt kontrolliert. Seit April 2020 gibt es in NRW eine Maskenpflicht in Zügen, Bussen, Bahnhöfen etc. und seit Ende Januar 2021 muss es sogar eine medizinische Maske sein. Enge Räume, viele Menschen, lange Zeiträume – alles Faktoren die den Schutz einer Mund-Nase-Bedeckung relativieren. Hat man dies im Hinterkopf und schaut sich die Daten an, zu denen Maskenpflichten, Kontrollen und Bußgelder in Kraft traten, fragt man sich, ob es nicht große Lücken gibt, in denen der Schutz der Passagiere nicht gewährleistet wurde. Trotzdem, die Züge und Busse fahren (außer es schneit, regnet, die Sonne scheint zu stark, eine Brücke brennt, eine Tür funktioniert nicht...), niemand verbietet Euch einzusteigen!

:Jan-Krischan Spohr

KOMMENTAR

Ungewöhnliche Zahlenspielchen

Durch die aktuelle Entwicklung der GameStop-Aktie wird wieder einmal die Absurdität der Börse deutlich.



Wer kennt es nicht? Man misstet seinen alten Videospielebestand aus, um Platz zu schaffen und nebenbei noch einen Obolus für die einst teuer erworbenen Spiele zu kassieren. Als erste Anlaufstelle bietet sich die nächste GameStop-Filiale an, denn der An- und Verkauf von gebrauchten Artikeln gehört zu deren Tagesgeschäft. Die Summen, die man dort für teils kaum benutzte Games erwarten kann, sind allerdings verschwindend gering, während der Wiederverkaufspreis aufseiten des Ladens auf ein Vielfaches angehoben wird. Der Grund dafür ist so klar wie verständlich: Profit.

Ebendieser wurde allerdings im noch jungen Streaming-Zeitalter, das auch immer stärker Einfluss auf die Gaming-Industrie nimmt, zunehmend schwächer. Das Unternehmen versuchte sein Glück durch Ladenschließungen und stärkeren Fokus auf dem Online-Handel, um

irgendwie mit der Digitalisierung Schritt halten zu können. Daraufhin sahen viele Investoren eine rosige Zukunft für GameStop voraus und stürzten sich auf deren Aktien, die natürlich in Höhen schoss, die den realen Wert der Firma bei weitem überstiegen. Dies machten sich wie üblich einige Hedgefonds zunutze, um mit den legalen Mitteln der Börse darauf zu wetten, dass die Aktie rapide fallen würde. Im Normalfall stünde den Hedgefonds-Managern ein beachtlicher Gewinn bevor, doch einige Reddit-User bemerkten diesen Fall und mobilisierten die Massen, um in die Aktie zu investieren und diese so wieder in unglaubliche Höhen zu katapultieren, was für einige Hedgefonds den Ruin bedeuten könnte.

Für GameStop selbst hat dieses Phänomen bis auf PR keine realen Auswirkungen, denn von den Entwicklungen an der Börse sehen die betroffenen Unternehmen kaum Geld. Schließlich bleibt der Aktienmarkt ein Spielplatz für Aktionär:innen, der kaum realwirtschaftliche Auswirkungen hat. Hier wird jedoch noch einmal klar, dass dieser Fakt bloß nicht weiter bekannt werden soll, da solche Eingriffe von eigentlich Börsenfremden populärer werden könnten. Die reichen Zahlenspieler:innen wollen aber lieber unter sich bleiben.

:Henry Klur

POWER

Schwarze Deutsche Geschichte

Spätestens seit den #BlackLivesMatterDemos im letzten Jahr weiß Deutschland, dass die Schwarze Community größer ist als gedacht. Deswegen konzentrieren wir uns in diesem Jahr auf Schwarze deutsche Geschichte. Stand jetzt wird im Februar von vereinzelt Organisationen der Black History Month gefeiert. Die Veranstaltungen sind noch an den amerikanischen Black History Month angelegt, doch dies könnte sich in naher Zukunft ändern, um sich von der Schwarzamerikanischen Geschichte zu lösen und eine eigene Geschichte zu erzählen. Denn die Geschichte von Schwarzem Leben in Deutschland scheint jung, dennoch geht sie weit zurück. Schon im 18. Jahrhundert machte Anton Wilhelm Amo auf die Missstände von Schwarzen Europäer:innen aufmerksam und wird auch deswegen als Pionier des Antirassismus gegen Schwarze gesehen. Als Kind wurde er versklavt und nach Amsterdam verschleppt und dann an den Herzog Anton Ulrich von Braunschweig und Lüneburg-Wolfenbüttel verschenkt. Dieser förderte mit seinem Sohn Wilhelm den jungen Haussklaven und sorgte dafür, dass Amo

beste Bildung erhielt. Er konnte an der Universität Halle Philosophie und Rechtswissenschaften studieren und verfasste eine Disputation „Über die Rechtsstellung der M*** in Europa“. 1734 nachdem er an die Universität Wittenberg wechselte und seinen Magister erhielt, promovierte Amo „Über die Empfindungslosigkeit des menschlichen Geistes“.

Und auch wenn Philosophen wie Kant und Hegel mit der Arbeit vertraut waren und auf seinen Thesen aufbauten, hatten sie eine klare Meinung zu Schwarzen Körpern. „Die Menschheit ist in ihrer größten Vollkommenheit in der Race der Weißen. Die N**** von Afrika haben von der Natur kein Gefühl, welches über das Läppische stiege“, so Kant. Wissenschaftler:innen wissen, dass es Anton Wilhelm Amo gegeben hat und auch in der Stadt, in der er groß wurde, gibt es ein Denkmal, doch scheint es so, als wäre seine wissenschaftliche Karriere nicht existent und kaum belegbar. Ob man dies der deutschen

Aufklärung und den Theorien der „Rasse“ zu schulden ist, kann man nicht genau sagen.

Doch die wenigen erhaltenen Schriftwerke von Amo zeigen auf, dass es seit mindestens 300 Jahren eine Art des Racial profiling in Deutschland gibt.

Die Geschichte von Anton Wilhelm Amo ist nur eine von vielen in der Schwarzen Deutschen Geschichte. Wenn Ihr mehr über die Geschichte von Schwarzen Körpern in Deutschland erfahren wollt, dann schaut Euch diese Veranstaltungen im Rahmen des Black History Months an. Auch in Deutschland finden verschiedene Aktionen statt. Manche sind für Black People only, um einen Safe Space bieten zu können, andere sind wiederum für alle geöffnet und zeigen das vielfältige Leben schwarzer Kultur in Deutschland. Aufgrund der aktuellen Lage finden viele Veranstaltungen online über Instagram, YouTube oder Zoom statt.



DER BLACK HISTORY MONTH KÖLN VERANSTALTET VON SONNENBLUMEN COMMUNITY DEVELOPMENT GROUP E.V UND DEM ISD KÖLN.

16. FEBRUAR 2021

Online Lesung zum Thema der „Rolle der Frau in der afrikanischen Gesellschaft“. Hierbei werden Königin Nzinga, Wangari Maathai und Chimamanda Ngozi Adichie als Leitbild genommen.

27. FEBRUAR 2021

Filmvorführung von „I Have A Dream“ mit abschließendem Gespräch der Filmemacherin Nancy Mac Granaky-Quaye. Sie begleitete den Prozess zur Kölner Demo zum March on Washington, der mit der berühmten „I Have a Dream“ – Rede endete.

Alle Informationen zu den Veranstaltungen findet ihr unter: tinyurl.com/blmkoeln

BLACK HISTORY MONTH FRANKFURT WIRD VOM ISD BUND FRANKFURT UND VERSCHIEDENEN ORGANISATIONEN WIE BS ANNE FRANK UND DER HEINRICH BÖLL STIFTUNG ZUSAMMEN GESTALTET.

11. FEBRUAR 2021

Der Story Telling Salon: Dekolonisieren findet statt unter der Moderation von Hadija Haruna-Oelker. Dort wird über den Umgang mit kolonialen Objekten in Museen, Forderungen von Umbenennung von Straßen, aber auch einen Umgang von rassismusfreier Sprache sowie ein Umdenken der Medienwelt diskutiert. Auf YouTube wird die Diskussion mit Sprecher:innen wie Itohan Osarenkhoe, Lydia Mesgina, Joana Tischkau, FrauHerr Meko und Elsa M'Bala geführt.

20. FEBRUAR 2021

Eine weitere Veranstaltung des ISD Frankfurt wird zu dem Thema „FFM goes Black History Month Frankfurt“ veranstaltet. Das genaue Programm wird in den nächsten Tagen hierfür veröffentlicht. Auf YouTube könnt Ihr dennoch schon für beide Veranstaltungen eine Erinnerung einrichten. youtube.com/watch?v=z5XQcvPnFwU

Safe
the
Date!

IMPRESSUM

bsz – Bochumer Stadt- und Studierendenzzeitung

Herausgeber: AStA der Ruhr-Universität Bochum – der Vorstand: Ron Agethen, Talha Demirci

Redaktion dieser Ausgabe: Abena Appiah (bena), Christian Feras Kaddoura (fufu), Kendra Smielowski (ken), Gerit Höller (kiki), Jan-krischan Spohr (kjan), Leon Wystrychiwski (llewy), Stefan Moll (stem),

V. i. S. d. P.: Jan-Krischan Spohr

Anschrift:

bsz
c/o AStA der Ruhr-Universität Bochum
SH Raum 081
Universitätsstr. 150
44780 Bochum
Fon: 0234 32-26900
E-Mail: redaktion@bszonline.de

Im Netz: www.bszonline.de, facebook.com/bszbochum, twitter.com/bszbochum, instagram.com/bszbochum

Bildnachweise: S.1 rund:fufu; S.4 Rund: kjan;

Die Artikel spiegeln nicht unbedingt die Meinung der gesamten Redaktion wider, sondern sind in erster Linie Werke ihrer Verfasser*innen.

Was darf man denn noch sagen?

Header: :bena; Bilder: :bena

Die Letzte Instanz, Kneipentalk und Alte weiße Männer. Was haben diese Phänomene gemeinsam? Richtig! Sie kennen sich mit Diskriminierungen nicht so richtig aus! Aber keine Sorge, wir haben ein kleines Glossar für Euch, damit Ihr nicht einen Shitstorm auf Twitter oder Instagram bekommt.

Rassismus

Die Ideologie der Rassentheorien lässt sich bis in die Antike Philosophie nachverfolgen und setzt mit der Erfindung „menschlicher Rassen“ ein. Dieses paneuropäische Projekt fand seine Anfänge als Europa Millionen Menschen auf der ganzen Welt enteignete, versklavte und ermordete. Dieses brutale Verhalten fußte auf der Annahme, dass diese Menschen als nicht weiß charakterisiert wurden und somit als „anders“ gesehen wurden. Im Kern ging es im Rassismus darüber, die weiße „Rasse“ mitsamt des Christentums als naturgegebene Norm zu verstehen, um eigene Ansprüche auf Macht und Privilegien zu sichern und zu legitimieren. Im Zentrum dessen steht die Erfindung körperlicher Unterschiede, um die Erfindung von Rassen zu untermauern. Die Kriterien der Unterscheidung verpflichtet sich einem ökonomischen und politischen Machtbestreben und wurden als „natürlich gegeben“ dargestellt, sodass ein von Menschen gemachtes historisches Handeln nicht Ursache zu sein scheint. Und auch wenn die Zeiten sich geändert haben, haben sich auch die Machtstrukturen geändert, so dass es auch heute Rassismus noch gibt und das in verschiedensten Arten. Wichtig hierbei ist, dass auch wenn weiße Menschen von People of Color diskriminiert werden, es keinen Rassismus gegen weiße gibt, denn der Rassismus ist ein Konstrukt aus Diskriminierung und Macht. Dennoch können sie xenophobische (fremdenfeindliche) Diskriminierung erfahren.

:bena

Anti-asiatischer Rassismus

Spätestens seit der Corona-Pandemie wurde deutlich, wie weit vertreten Anti-asiatischer Rassismus ist. Trump ging sogar so weit den Covid-Virus „China Virus“ zu taufen und diesen Ausdruck wiederholt zu benutzen, um den Hass und die Vorurteile gegenüber chinesisch oder asiatisch gelesenen Menschen zu beflügeln. Auch in Deutschland werden Asiat:innen einzig und allein aufgrund ihres Erscheinungsbildes stigmatisiert und mit dem Virus, dessen Ursprung das chinesische Wuhan sei, in Verbindung gebracht. Doch auch ohne Corona sind Alltagsrassismus, Mikro-Aggressionen und Vorurteile gegenüber Asiat:innen Alltag, der Virus verschärfte diese Realität nur. Zurückverfolgen kann man den Anti-asiatischen Rassismus in Europa bis in 13. Jahrhundert.

:fufu

Antisemitismus

Antisemitismus ist eine Feindschaft gegenüber Jüd:innen. Dabei lässt sich diese Feindschaft von denjenigen, die antisemitische Vorurteile haben, durch Verschwörungsmythen erklären, die sich bis ins Mittelalter zurückführen lassen. Hier wird oft von der sogenannten „jüdischen Weltverschwörung“ gesprochen, die bis heute für Antisemit:innen von Bedeutung ist. Die enge Verknüpfung von Verschwörungsmythen und Antisemitismus ist insofern gefährlich, dass sie alle Angehörigen der jüdischen Religionsgemeinschaft als Feindbilder erklären. Dies führte immer wieder zu Angriffen gegen Juden:Jüdinnen weltweit. Das wohl erschreckendste an auf Antisemitismus basierenden Hassverbrechen gegen Juden war der zwischen 1941 bis 1945 stattfindende Holocaust. Auch heute findet Antisemitismus in Deutschland Anklang.

Zuletzt immer wieder auf rechten Demonstrationen und sogenannten Corona-Demos. Auch findet sich antisemitisches Gedankengut unter Anhänger:innen der sogenannten „Q-Anon“ Verschwörer:innen, deren Popularität vermehrt in den USA für Aufmerksamkeit sorgte, aber auch in Deutschland an Zuwachs gewinnt.

:kiki

Rasse vs. Ethnie vs. Nationalität

Der Begriff Nationalität bedeutet Staatszugehörigkeit. Und so, wie man durch Migration die eigene Staatszugehörigkeit ändern kann, kann man auch seine Nationalität ändern.

Bei den Begriffen „Rasse“ und Ethnie scheint die Unterscheidung schwieriger. Dabei beschreibt der Begriff „Rasse“ körperliche Merkmale, aufgrund welcher Menschen sozial kategorisiert werden. Diese Kategorien an sich scheinen willkürlich, doch der Grund für diese Kategorisierung ist alles andere als arbiträr. „Rasse“ ist ein soziales Konstrukt, Rassismus jedoch nicht. Denn mit der Kategorisierung geht eine bestimmte Machtverteilung einher, die mithilfe von Rassismus versucht wird, aufrecht zu erhalten.

Menschen verschiedener Nationalitäten und „Rassen“ können jedoch der gleichen Ethnie angehören. Das ist möglich, da Ethnie das soziale und kulturelle Umfeld beschreibt, in dem man lebt und aufgewachsen ist. Auch die eigene Familiengeschichte spielt dabei eine Rolle.

„Rasse“ beschreibt die physischen Merkmale, mit denen man geboren wurde, Ethnie das Umfeld, in dem man aufgewachsen ist. Mit seiner Nationalität sucht man sich den Ort aus, an dem man leben möchte.

:gust

Antisintismus

Der Begriff Antiziganismus besteht erst seit gut 20 Jahren in der deutschen Bürgerrechtsbewegung. Die Stigmatisierungen und Reduzierungen der betroffenen Individuen auf die vermeintliche Mitgliedschaft in der konstruierten Gruppe, die mit dem Z-Wort beschrieben werden, gibt es seit mehr als 500 Jahren. Doch selbst der Begriff Antiziganismus wird in Sinti und Roma Communities kritisch diskutiert, weil dieser „Ziganismus“ im Wort enthält. Wie unreflektiert man mit verletzenden Begrifflichkeiten umgeht, konnte kürzlich eine Ausstrahlung der Sendung „Die letzte Instanz“ unter Beweis stellen.

:fufu